

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Schluß der Etatsberatung.

Rückzugskanonade. — Die sechste Kanzlerrede. — Weihnachtsferien!

So. Berlin, 12. Dezember.

(Originalelegramm der Hartung'schen Zeitung.)

Herr v. Bethmann Hollweg (die Sozialdemokratie revanchierte sich heute für das geringfügige Wort von dem „sogenannten Wohlstandspotential“, indem sie das Wort von dem „sogenannten Reichstagsler“ prägte) hat heute zum sechsten Male in der habsburger Wäre das Wort ergriffen. Desmal war es ein ausgesprochenes Rückzugsgeschehen. Der Kanzler blieb dabei unter Berufung auf die angeforderten sozialdemokratischen Verfassungsanträge, daß die äußerste Linie der Zwischenfall von Bayern benutzen wolle, die Rechte des Kaisers zu beschränken. Mit der heutigen Kanonade gegen die Sozialdemokratie aber verband er eine Reihe seiner Verbündeten vor den bürgerlichen Parteien deren Empfindungen und Worte bei dem (bislang nicht sogenannten) Ministerienratum er durchaus würdigte. Nur versicherte er, es sei ihm nicht einfallen, irgendwelche Gelehrtschriften die er ganz ausdrücklich zugegeben habe, zu beschönigen. Ja, er nahm es als beherrenen Ruhmesstiel für sich in Anspruch, daß er sich dem sofort eingeleiteten Verfahren — nicht im mindesten habe: eine etwas seltsame Beweisführung.

Das schwachbesetzte Haus nahm diese sechste Kanzlerrede lautlos hin und der Abg. Erbsberger bewies nachher im Rahmen einer persönlichen Bemerkung dem Reichskanzler, daß er mit dieser Beweisführung kein Glück gehabt habe. Herr Erbsberger, der dem Kanzler einige Stellen aus seiner Rede vom 3. Dezember ins Gedächtnis zurückrief, stellte fest, daß es sich bei dem Mißtrauensvotum lediglich um den Vorwurf gehandelt habe, daß die Regierung bei dem nennenden, rechtsrheinischen Widerstand und Widerstand gegen begangene Reichsbeschlüsse verlagert habe.

Den Anlaß zu dieser Rede hatten zweifelhafte Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Dr. David gegeben, der noch einmal den Etat und was damit zusammenhängt, nach allen Seiten hin und von allen Seiten herdrückte. Er sprach von den Reichsfinanzen, protestierte gegen die konterrevolutionäre Aufwindung, daß das Experiment des Wehrtrages auch bei Rüstungsüberläufen nicht wiederholt werden dürfte, behauptete, daß trotz seiner sehr guten Ausführungen der Kanzler in der Frage des Arbeitswiderstandes nicht ganz unerschrocken, so im Gegenteil sogar eine der treibenden Elemente gewesen sei, berichtete in der Frage der auswärtigen Politik, daß alle Welt insbesondere England und Frankreich, viel freudiger seien als die in Deutschland Herrschenden, und kam dann endlich auch auf Bayern zu urteilen. Er warf dem Reichskanzler den Angelegenheiten hin, indem er behauptete, die Klugheit von Herr v. Bethmann Hollweg gebrochen habe, bestehe nicht zwischen Meer und Volk, sondern innerhalb des Heeres zwischen den Offizieren und den sogenannten „Gemeinen“. Er meinte endlich, die Sozialdemokratie wolle nicht die Verfassungsrechte des Kaisers beschränken, sie kämpfte um die Volksseele.

In der vorangehenden und der nun folgenden Debatte verzichteten die übrigen Parteien darauf, noch die sogenannte dritte Garnitur anzuschneiden, die Sozialdemokraten und Fortschrittler schieden indes nicht nur einen dritten, sondern sogar einen vierten Redner ins Treffen. Der Abg. Welfe Albers kam noch einmal auf die braunschweigische Thronfolgefrage zurück und erklärte, Herzog Ernst August habe keineswegs auf Hannover verzichtet. Der Sozialdemokrat Bloß war dagegen der Meinung, die braunschweigische Welfenpartei habe sich nur deshalb aufgelöst, weil die braunschweigischen Nationalliberalen nicht mehr geworden seien als die Welfen, und protestierte namens der braunschweigischen Sozialdemokratie gegen die dem Lande „außergerichtete“ Donations. Herr Behrens erklärte namens der christlich-sozialen Arbeiterpartei, daß auch diese eine Verhinderung des Arbeitswiderstandes für überflüssig halte. Der Abgeordnete Seubert sprach zum andern Male von der brutalen Vergewaltigung der Polen. Der Volksparteierte Hoff endlich folgte Herrn Criel ein wenig, aber mit vielem Glück auf das ausgesprochen wirtschaftliche Gebiet.

Nach sieben Stunden konnte der Etat der Budgetkommission überwiegen werden, und es kam nun die sozialdemokratische Interpellation betr. die Ausschließung des Abg. Liebknecht aus der Rüstungskommission. Herr Ledebour brauchte eine Stunde zu dem Nachweis, daß die Haltung der Regierung einer zehnjährigen Zulage des Reichstagslers widerspreche, der ausdrücklich zugesichert habe, daß die Kommission ihrerseits eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern in die Kommission entsenden dürften. Staatssekretär Delbrück erklärte auch heute, die Regierung habe dem Reichstagsler keineswegs das alleinige Berufungsrecht zugesagt. Herr Schäffer, der Redner der Nationalliberalen, hob Herrn Liebknecht ebenfalls für ungeeignet und klug dann noch selbst den ganzen Reichstag und die hundertjährigen Regierungen als große Verantwortung der ganzen Druppelangelegenheit an. Der Herr der Sache trat wohl der Abg. Gothein, als er darlegte, das Verbot des Reichstagslers vom 21. April 1913 sei ganz allgemein als bindend aufgefaßt worden und hätte erfüllt werden müssen und erfüllt werden können, denn bei der ganzen Kommission werde vermutlich nichts herauskommen und wäre nichts herausgekommen, auch wenn zehn Liebknechte darin gewesen wären.

Zu Beginn der neunstündigen Dauerung war der Antrag betr. die Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco lang- und langlos bearbeitet worden — der zweite relativ geringfügige Konflikt, aber immerhin ein Konflikt. Und so geht der Reichstag diesmal mit nicht weniger als freundschaftlichen Eindrücken in die Weihnachtsferien.

### Sitzungsbericht.

Nach Annahme der Uebereinkunft betr. die Maßnahmen gegen Pest, Cholera und gelbes Fieber in dreier Lesung folgt, wie gemeldet, der Initiativbeschluss betr. den Beitrag zu den Kosten der Vereinfachung an der

### Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Baffermann (natl.) referierte über die gestrige Verhandlung der Budgetkommission. Er bat die Regierung, ihre Stellungnahme gegen die Beteiligung zu motivieren.

Ministerialdirektor Lewald: Nach meinen Erfahrungen in Ausstellungsangelegenheiten kann ich berichten, daß die vierzehn Monate vorläufig am Besten sind, zumal angesichts der außerordentlichen Entfernungen. Zwei Millionen Mark sind vollständig zur Verfügung.

h. e. n. d. In St. Louis kostete das Deutsche Haus allein 1 1/2 Millionen Mark. In San Francisco würde es viel teurer sein, da die dortigen Arbeitslöhne enorm hoch sind.

Präsident Dr. Kämpf teilt mit, daß der Antrag zurückgezogen worden sei.

Bei der fortgesetzten

### Etatsberatung.

fähre  
Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.) aus: Die Behandlung der habsburger Frage durch den Kanzler mißbilligen auch wir. Der Kriegsminister sollte die landmannschaftlichen Parteien auf dem Kaiserthron verbieten. Wir stimmten aber gegen das Mißtrauensvotum, weil wir nichts unterstützen, was auf dem Wege zu einem parlamentarischen Regime liegt. Wir wünschen die Wahrung der deutschen Interessen in Klein-Asien. Die Entwicklung der Kolonien ist ertrocken. Die Behinderung in der Ausübung der Kooperationsfreiheit muß beseitigt werden. Das Streikposten stehen darf nicht verboten werden. Die bezüglichen Vorschläge der Streikgesetzkommision stellen sich als ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter dar.

Abg. Seuba (Wirtsch.): Der Kanzler das Mißtrauensvotum als nicht beträchtlich, erfüllt uns mit Beschämung. Der Freiheitskampf der christlichen Volkswähler begleiteten wir mit voller Sympathie. Das Verbot des Reichstagslers sollte ein Wenig weniger für die Völker, die gegen eine nationale Minorität eine Unterdrückungspolitik verfolgen, wie Preußen. Der Fall von Bayern gerecht dem Meer, dem Kriegsminister und dem Reichskanzler nicht zum Ruhm. Auch das Urteil gegen die Ketten ist sehr bedauerlich. Wir protestieren dagegen, daß der Kriegsminister einer Gegenangriff konzentrierte zwischen Reichsangehörigen deutscher Nationalität und solchen dänischer, polnischer oder sonstiger Nationalität. Der Redner wendet sich gegen die preussische Ostmarkenpolitik. Die dadurch geschaffenen Zustände seien im Auslande unverständlich.

Abg. Albers (Wirtsch.): Wir protestieren gegen die Behauptung, die Welfen beabsichtigten die Wiederherstellung des Königreichs Hannover mit Hilfe des Auslandes. Wir erziehen allerdings den rechtmäßigen Anspruch auf Hannover geltend zu machen. Der Krieg von 1866 war ungerichtet, ebenso die Annexion. Wir freuen uns, daß der Kanzler das Recht des Braunschweiger Landes als den Grund des Bundesratsbeschlusses hinstellte. Wir fordern auf Grund desselben Rechts die Selbständigkeit des Hannoverers. Krudilos bleib das Verbot, aus dem schändlichen Hannoveraner einen norddeutschen Preußen machen zu wollen. Hannover ist zu jedem Opfer für das Reichsbudget bereit. In der Anerkennung des gegenwärtigen Bestandes des Preußens durch den Prinzen Ernst August liegt keine Anerkennung des Reichsstatus und kein Verzicht auf Hannover, weder direkt noch indirekt. Auch wir wollen unterm angetragenen Annahmestruen bleiben. Wir erklären, auch wir Deutsch-Hannoveraner erkennen den gegenwärtigen Bestand an und sind bereit, diesen gegen alle äußeren Kräfte zu verteidigen. Aber trotzdem werden wir niemals aufhören, mit allen Mitteln, die Verfassung und Gesetz uns gebieten, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches zu betreiben. Dieser Kampf ist uns im vollen Sinne des Wortes heilige Pflicht, auf deren Erfüllung wir zusehndlich hoffen. Wir denken dabei an das Vorbild unserer Väter, die vor hundert Jahren einen ähnlichen Kampf durchgeföhren haben.

Abg. Dr. David (Soz.): Den Rüstungsstreikereien muß im Reichstage ein energisches „Nein“ entgegengezeigt werden. Der heilige Weg, das Reich zu führen, ist eine internationale Verständigung. Die Verbrechen werden wir nicht unterstützen. Die Bedrückungstheorie die man bei den Dänen, in der Nordmark, in den Ostmarken und in Schles-Vorhingen betreibt, verurteilen wir. Der Reichskanzler erklärte, daß er keine neuen Geleise zugunsten der Arbeitswilligen wolle. Er kann aber nicht, wie er will, da er im jetzigen Reichstage keine Mehrheit hat. Den Koalitionszwang verurteilen wir. (Der Reichskanzler tritt den Saal.) Gegen die Verdrängung des Schupes der Arbeitswilligen und gegen das Verbot des Streikpostens beschränken sich auch die christlich-nationalen Arbeiter. Der Reichstag ist berechtigt, das Streikmaß gegen Ventmann v. Korffner zu erfahren, da politische Interessen vorliegen. Es besteht eine tiefe Kluft zwischen der Offizierskaste und dem gemeinen Mann. Dem Offizier gibt der Kriegsminister alle Rechte, dem gemeinen Soldaten nimmt er sie. Der sogenannte Reichskanzler... (Präsident Dr. Kämpf rief den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Der Reichskanzler selber hat dieses Wort dem parlamentarischen Wortgebrauch entlehnt. Unter Mißtrauensvotum war ein moralischer Zwang, dem der Reichskanzler hätte folgen müssen. Die Reform der Militärverfassung und des Militärrechts ist dringend nötig. Die Idee des parlamentarischen Regimes ist auf dem Marische. Der Monarch möge selber die Hand bieten für moderne Reformen.

### Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Die von der Sozialdemokratie angeforderten Anträge betr. die Grenzsetzung und die Entlassung des Reichskanzlers durch das Parlament bedeuten eine völlige Verletzung der Gewalt und eine schwere Beeinträchtigung der Macht des Kaisers, die verfassungsrechtlich schiefgelegt ist. Ich habe früher gesagt, es könne scheinen, als ob eine Kluft zwischen Armee und Volk entstehe. Dr. David sagt jetzt, es bestehe eine Kluft in dem Heere zwischen Offizieren und Mannschaften. (Sehr richtig! links.) Das beweist, daß die Sozialdemokraten keine Ahnung haben, wie es im Heere aussieht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Kriege ist gerade das Zusammenhalten zwischen Offizier und Mannschaft für den Erfolg von größter Bedeutung gewesen. Unsere Regimentsfeiern zeigen, wie die alten Soldaten an ihren Regimentern hängen. Das wäre nicht möglich, wenn sie frühe Erinnerungen aus ihrer Dienstzeit mitgenommen hätten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist sehr verhängnisvoll, wenn von der Sozialdemokratie hier eine Kluft konstruiert wird. Der gesunde Sinn des Mannes wird wissen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Abg. Erbsberger hat gestern erklärt, seine Fraktion habe dem Mißtrauensvotum zugestimmt, weil ich Unrechtfertigkeiten beschönigt hätte. Ich habe gesagt, daß alle Unrechtfertigkeiten geübt werden müßten. Das rechtliche Verfahren in der habsburger Angelegenheit ist eingeleitet worden. Daß ich die Armeegegen Angriffe wehre, ist gänzlich richtig. Abg. Erbsberger hat ferner übersehen, daß ich mich bezüglich der Ausübung von über das Votum nicht gegen die bürgerlichen Parteien gewandt habe, sondern gegen die Sozialdemokratie, welche aus der habsburger Angelegenheit einen Angriff auf die Verfassung herleiten wollte. Die Behauptung, daß ich das Recht nicht geschützt hätte und daß ich nicht den Keiselpost vor den Geleisen gewahrt hätte, ist eine Umkehrung des wirklichen Sachverhaltes, gegen die ich entschieden Verwahrung einlegen muß. (Große Unruhe links, Beifall rechts.)

Abg. Hoff (Wirtsch. Bgt.): Die Erklärung des Kriegsministers zu der Frage, ob die Verlegung der habsburger Garnison dauernd oder zeitweilig erfolge, übertrifft. Wegen der Verträge kann nicht die ganze Gemeinde durch Entziehung geschädigt werden. Die Forderung der deutschen Viehzucht ist eine der größten vaterländischen Pflichten.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Vos (Soz.), Kovich (Wirtsch. Bgt.) und Criel (natl.) wurde die Debatte geschlossen. Der Etat wurde der Budgetkommission überwiesen. Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die

### Ausschließung des Abg. Liebknecht aus der Rüstungskommission.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Einsetzung der Kommission ist auf die gerichtlich angeordneten Korruptionen bei den Rüstungslieferungen zurückzuführen. Gerade der Abg. Dr. Liebknecht hat durch seine Enthüllungen den Stein ins Rollen gebracht. Wir hatten geglaubt, er würde sich damit vielleicht den Rotten Adlerorden vierter Klasse verdienen. (Große Heiterkeit.) Nachdem nach anfänglichen Bedenken die Regierung dem Wünsche der Parteien gefolgt war, schlug unsere Fraktion die Abgeordneten Noske und Dr. Liebknecht vor. Dr. Liebknecht wurde von der Regierung abgelehnt, weil er vorzuzuziehen sei und in der Öffentlichkeit eine zu prägnante Stellung einnehme. Schließlich sollte Liebknecht als Sachverständiger zugewogen werden. Ein Sachverständiger kann aber so oft oder so wenig gehört werden, wie die Regierung es will. In der Presse ist behauptet worden, Liebknecht sei wegen Landesverrats verurteilt worden. Das ist erlogen. Er ist nur wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens mit Bestrafung bestraft worden. Wir lehnten es schließlich ab, uns überhaupt an der Kommission zu beteiligen. Die Parteien sollten sich auch in dieser Angelegenheit auf unsere Seite stellen, um ein Recht des Reichstages zu verteidigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Interpellation erblüht einen Widerspruch zwischen meiner Erklärung vom 23. April im Auftrage des Reichstages und der Nichtberufung des Abgeordneten Liebknecht in die Rüstungskommission. Ein Widerspruch besteht nicht. (Widerpruch links.) Ich legte damals auseinander, daß ich Bedenken hätte, daß bei solcher Kommission dem Reichstage ein Mitbestimmungsrecht in der Weise eingeräumt werde, daß er an der Wahl der Mitglieder teilnehme. Es lag mir daran, diejenigen Herren zu gewinnen, die in Heer- und Marinefragen besonders orientiert sind. Aus dem Grunde habe ich von der sozialdemokratischen Fraktion die Herren Noske und Dr. Südekum für besonders geeignet gehalten. Darauf erhielt ich die Mitteilung, daß die Fraktion an Stelle von Dr. Südekum den Abgeordneten Liebknecht in den Vorschlag bringe. Da der Kommission auch andere Herren angehören sollten, die nicht dem Hause angehören, hielt ich den Abgeordneten Liebknecht nicht für geeignet, da er eine zu prägnante Stellung in der Frage einnimmt. Nach den Darlegungen des Abgeordneten Ledebour stehe ich aber nicht mehr einem Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, sondern einer Forderung, die ich nicht anerkenne. (Abg. Ledebour ruft: Wortlaubelei! Der Präsident ruft ihn zur Ordnung.) Darauf wurde von uns der Vorschlag gemacht, den Abgeordneten Liebknecht als Sachverständigen zuzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte nun die Beteiligung ab. Ich muß hier konstatieren, daß es sich bei der Kommission nur um die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen in der Rüstungsfrage handelt. Wenn dabei auch andere Fragen, wie ausländische Spionage, erörtert werden, so muß das weniger temperamentsvoll geschehen, als es hier im Laufe der Abgeordnete Liebknecht nicht zum Nutzen des Vaterlandes getan hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Abgeordnete Liebknecht hat diese Dinge zur Sprache gebracht, als die Verbündungen schwächen. Er hat von einem Panama gesprochen — ein Ausdruck, der keineswegs berechtigt war. Ich wollte den Abgeordneten Liebknecht nicht in der Kommission haben, dessen Auftreten geeignet war, Deutschland im Auslande zu schädigen. (Beifall rechts. Zischen links.)

Auf Antrag des Abgeordneten Haase (Soz.) wird in die Debatte eingetreten.

Abg. Schäffer-Wagdeburg (natl.): Nachdem einmal der Reichstag auf den Boden des Schreibens des Reichskanzlers getreten war, konnte der Reichstag nicht mehr auf dem Recht bestehen, die Mitglieder für die Kommission selbst zu ernennen. Der Reichskanzler hatte somit das Recht, aus den vorgelegenen Mitgliedern diejenigen auszuwählen, die ihm am liebsten erschienen. Es ist wirklich rührend, wie die ganze große sozialdemokratische Fraktion einig für Liebknecht eintritt, der nie so hineingelacht hat. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Vorwürfe, die der Abg. Liebknecht hier mit großen Worten erhoben hat, haben sich zum großen Teil als nicht stichhaltig erwiesen, und das Volk hat das Gefühl, (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir wollten uns nicht immer gleich ins Vorhorn jagen lassen, wenn irgendeine öffentliche Beschuldigung erhoben wird. Hoffentlich nimmt der Abg. Ledebour künftig den Mund nicht wieder so voll. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Gothein (Wirtsch. Bgt.): Der Reichstag hat kein formales Recht, die Belegung der Kommission zu beeinflussen. Aber bei der Belegung der Mitglieder sollten die Wünsche des Hauses berücksichtigt werden. Es hätte aber nichts geschadet, wenn Abg. Liebknecht ruhig der Kommission angehört hätte. Wir möchten, daß nichts hinter verschlossenen Türen verhandelt wird.

Abg. Frhr. v. Gamp (Natl.): Die Behandlung des früheren Direktors bei Arups, Landrats a. D. Höpfer, vor Gericht war ungerechtfertigt. (Widerpruch Dr. David erwidert dem Redner, zur Sache zu sprechen.) Auf die Belegung der Rüstungskommission will ich nicht eingehen.

Abg. Noske (Soz.): Wenn ein Teil der Weltbevölkerung in der Kommission überhaupt nicht vertreten ist, muß das beim Volke von vornherein großes Mißtrauen erregen. Es handelt sich hier nicht um die Bedeutung des Abg. Liebknecht, sondern um ein Recht des Reichstages. Wir sind überzeugt, daß Dr. Liebknecht uns nicht hineingelegt, sondern sich ein ewiges Verdienst erworben hat. Wir betrachten die Ablehnung des Abg. Liebknecht als eine offene Parteinahme der Regierung für die Korruptionfirma Krupp.

Nachträglich rügte der Präsident: einige Ausdrücke des Abg. Noske

Damit ist die Rednerliste erschöpft und die Tagesordnung erledigt. Der Präsident wünscht den Abgeordneten eine frohe und gesunde Wiederkehr im neuen Jahre. — Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Januar, 2 Uhr. Petitionen. — Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Berlin, 12. Dezember. Nach den Ausführungen des Abgeordneten Baffermann und des Ministerialdirektors Lewald über die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco erklärte er in der heutigen Sitzung des Reichstages Präsident Dr. Kämpf, er nehme an, daß damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt sei. Diese Erklärung ist nun vielfach so verstanden worden, als ob damit der Initiativantrag auf Einsetzung eines Nachtragsetats zurückgezogen sei. Das Volkische Telegraphen-Bureau wird aus parlamentarischen Kreisen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auffassung nicht richtig ist. Der Antrag ist nicht zurückgezogen und eine Entscheidung des Reichstages ist in dieser Angelegenheit nicht erfolgt.